

Modellprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ des Innenministeriums NRW und der Bertelsmann-Stiftung

Von den Haushaltsentscheidungen des Stadtrates sind alle Bürger und Bürgerinnen direkt oder indirekt betroffen. Umso merkwürdiger es, dass das Interesse der Bürgerschaft an der Haushaltsaufstellung doch auffallend gering ist und von den vorhandenen Beteiligungsrechten kaum Gebrauch gemacht wird.

Mit dem Modellprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ haben in NRW im Jahr 2000 sechs Pilotkommunen (Castrop-Rauxel, Emsdetten, Hamm, Hilden, Monheim und Vlotho) den Versuch unternommen, **neue Wege der Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des städtischen Haushalts zu gehen.**

Da der Haushalt die finanzielle Grundlage der Kommune darstellt, ist er ein besonderes geeignetes Mittel für den Dialog mit der Bürgerschaft. Mit der Entscheidung, den Haushalt mit der Bürgerschaft zu erörtern, lassen sich Politik und Verwaltung auf einen **neuen, nachhaltigen Prozess ein, der „geübt“ werden muss.**

Naturgemäß ist der städtische Haushalt eher ein sperriges Thema, das nicht auf Antrieb viele Bürger lockt.

Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Beteiligung der Bürgerschaft ist es deshalb, die schwer durchschaubare Materie „Haushalt“ in verständlicher und transparenter Form darzustellen.

.

Die am Modellprojekt beteiligten Kommunen haben **drei zentrale Bausteine** definiert, mit denen die Verfahren des Bürgerhaushalts gestaltet werden kann:

Information, Konsultation und Rechenschaft.

Dabei sind **aussagekräftige Informationen über den Haushalt der Schlüssel** für den Dialog zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung.

In der **Konsultationsphase gibt es verschiedene** Möglichkeiten, bestimmte Positionen des Gesamthaushalts mit den Bürgern und Bürgerinnen zu diskutieren. Zum Beispiel: Priorisierung von Investitionsvorhaben oder Sparmaßnahmen.

Konkret könnte darüber diskutiert werden, ob es sinnvoll, alle Sportplätze mit Kunstrasen auszustatten oder das Investitionsvolumen zu nutzen, um die Elternbeiträge für KITA und Kindergarten nachhaltig zu senken, mit dem Ziel, sie bald ganz zu streichen.

Im Baustein **Rechenschaft** sollen die Bürger und Bürgerinnen nachvollziehen können, welche Rats- und Ausschussentscheidungen zum Haushalt getroffen wurden und warum genauso und nicht anders entschieden wurde.

Als wichtigstes Ergebnis dieses Projekts ist festzuhalten, dass **die Beteiligung der Bürgerschaft bei Aufstellung des Kommunalhaushalts möglich ist.**

In der Bürgerschaft besteht großer Bedarf an Informationen über den Haushalt und eine große Bereitschaft zur Beteiligung an seiner Aufstellung.

Der Dialog mit der Bürgerschaft liefert Rat und Verwaltung wertvolle Informationen, die der Entscheidungsfindung bei der Verabschiedung des Etats ein breiteres Fundament geben können.

Der Bürgerhaushalt ist zwar kein Instrument direkter Demokratie, aber er erweitert das Spektrum der Beteiligungsmöglichkeiten und -rechte.

Bei den vielen positiven Ergebnissen, die das dreieinhalbjährige Modellprojekt in NRW gezeigt hat, könnte man meinen, das Institut „Kommunaler Bürgerhaushalt“ gesetzlich zu verankern. Das ist in NRW aus gutem Grund aber nicht beabsichtigt.: **Die Informationen der Bürgerschaft und der Dialog mit ihr müssen Rat und Verwaltung aus eigener Überzeugung praktizieren und nicht aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung!**

„Der Bürgerhaushalt ist ein Gewinn an Transparenz und Bürgernähe. Er kann das Verständnis und das Miteinander unter den Akteuren in der Bürgerkommune stärken“, findet Thomas Hunsteger-Permann, Oberbürgermeister der Stadt Hamm.

Bei allem bleibt festzuhalten, die Entscheidung über den Haushalt und die Verantwortung dafür liegen immer noch beim Rat, aber durch die Einführung des Prozesses des Bürgerhaushaltes wird dem Rat eine zusätzliche Entscheidungshilfe gegeben, die auf einer breiten Basis der Bürgerinnen und Bürger steht.

Genau so wie es die beiden großen Nachbarstädte Köln und Bonn gemacht haben, die eine mit einem CDU Oberbürgermeister - die andere mit einer SPD Oberbürgermeisterin, genau so können wir das in Sankt Augustin auch.

Wir werden uns dafür einsetzen!